

Erläuterungen und Informationen zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben nach der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Der Fördermittelgeber, das Land Baden-Württemberg, vertreten durch das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg, verarbeitet im Rahmen des Förderprogramms, insb. im Rahmen der Antragsbearbeitung, neben unternehmensbezogenen auch personenbezogene Daten. Mit dieser Datenschutzhinweise möchten wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten informieren.

1. Wer ist verantwortlich für die Datenverarbeitung?

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg
Neues Schloss
Schlossplatz 4
70173 Stuttgart
poststelle@wm.bwl.de

2. Wie sind die Kontaktdaten der/des Datenschutzbeauftragten?

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg
Behördlicher Datenschutzbeauftragter
Neues Schloss
70173 Stuttgart
datenschutz@wm.bwl.de

3. Auf welcher Rechtsgrundlage und zu welchem Zweck werden personenbezogene Daten verarbeitet?

Der Fördermittelgeber, das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg, ist bei der Entscheidung über Förderanträge an das geltende Recht gebunden. Dazu gehören insbesondere das europäische Beihilferecht sowie die Landeshaushaltsordnung (LHO). Soweit nicht anders angegeben, verarbeiten wir personenbezogene Daten zum Zwecke der Bearbeitung von Förderanträgen. Rechtsgrundlage ist § 4 LDSG (BW) in Verbindung mit Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO. Darüber hinaus verarbeiten wir personenbezogene Daten, wenn dies zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, der wir unterliegen. Rechtsgrundlage hierfür ist Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO

4. Welche personenbezogenen Daten werden verarbeitet?

Im Rahmen des Antragsverfahrens sowie der Projektbetreuung werden in der Regel folgende personenbezogene Daten verarbeitet:

- Kontaktdaten und Namen von Antragstellern, soweit es sich um natürliche Personen oder Personengesellschaften handelt, und Kontaktdaten von Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern der Antragsteller (z.B. Vor- und Nachname, Adresse, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Bankdaten, ggf. Geburtsdatum),
- Kontaktdaten und Namen von Projektmitarbeitern des Antragstellers (z.B. Vor- und Nachname, Adresse, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, ggf. Geburtsdatum) sowie Daten zum Gehalt bzw. Arbeitszeiten der Projektmitarbeiter,
- Daten zur Qualifikation/Eignung des Antragstellers oder weiterer Projektmitarbeiter,
- ggf. Daten von Auftragnehmern (z.B. Kontaktdaten, Angebote), die der Antragssteller im Rahmen des Antrags zum Förderprogramm Invest BW angibt,
- sowie weitere Daten, die uns freiwillig im Rahmen des Antragsverfahrens mitgeteilt werden.

5. Werden die personenbezogenen Daten weitergegeben?

Personenbezogene Daten werden nur dann weitergegeben, wenn

- die Verarbeitung für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde (§ 4 LDSG (BW) i. V. m. Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO) oder
- die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, der der Verantwortliche unterliegt (Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO).

Empfänger von personenbezogenen Daten können sein:

- Mitantragssteller wie Verbundpartner oder die Konsortialleitung, öffentliche Stellen, z. B. der Landesrechnungshof und seine Prüferämter, die Europäische Kommission etc.
- ggf. von uns eingesetzte Auftragsverarbeiter (Art. 28 DSGVO), insbesondere in den Bereichen IT- und

- Telekommunikationsdienstleistungen, Druckdienstleistungen sowie Archivierung und Entsorgung,
- externe Dienstleister, z. B. Wirtschaftsprüfer

6. Wie lange werden personenbezogene Daten verarbeitet?

Wir verarbeiten die personenbezogenen Daten grundsätzlich nur solange, wie es für die Erfüllung unserer rechtlichen Pflichten und der damit einhergehenden Zwecke erforderlich ist. Nach Beendigung des Förderprogramms werden Ihre Daten bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen gespeichert und danach gelöscht.

7. Welche Rechte haben betroffene Personen?

Nach der DSGVO haben Sie folgende Rechte hinsichtlich der Sie betreffenden personenbezogenen Daten

Recht auf Auskunft

Es besteht ein Recht auf Auskunft gegenüber dem Verantwortlichen hinsichtlich der verarbeiteten personenbezogenen Daten.

Recht auf Berichtigung

Es besteht ein Recht auf Berichtigung, sofern die personenbezogenen Daten der betroffenen Person nicht (mehr) zutreffend sind. Bei unvollständigen Daten kann – unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung - eine Vervollständigung verlangt werden.

Recht auf Löschung

Die betroffene Person kann grundsätzlich die Löschung ihrer personenbezogenen Daten verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Nach Art. 18 DSGVO besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung von personenbezogenen Daten, (1) soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, (2) die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen, (3) wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen.

Recht auf Widerspruch

Soweit die personenbezogenen Daten auf Grundlage von § 4 LDSG (BW) i. V. m. Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO verarbeitet werden, hat die betroffene Person das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der sie betreffenden Daten zu widersprechen, sofern nicht ein überwiegendes öffentliches Interesse oder eine Rechtsvorschrift dem entgegensteht. Ebenso kann entgegenstehen, wenn die Verarbeitung für die Durchführung des Förderprogramms weiterhin erforderlich ist.

Der Widerspruch ist an die für die Datenverarbeitung zuständige Behörde, hier das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, zu richten.

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus
Baden-Württemberg
Neues Schloss
Schlossplatz 4
70173 Stuttgart
poststelle@wm.bwl.de

Recht auf Widerruf

Jede betroffene Person hat das Recht, sofern personenbezogene Daten auf der Grundlage einer Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO verarbeitet werden, diese Einwilligung mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung bleibt von dem Widerruf unberührt.

Der Widerruf ist an die für die Datenverarbeitung zuständige Behörde, hier das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, zu richten.

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus
Baden-Württemberg
Neues Schloss
Schlossplatz 4
70173 Stuttgart
poststelle@wm.bwl.de

Recht auf Beschwerde

Jede betroffene Person kann sich unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe mit einer Beschwerde an den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit wenden, wenn sie der Auffassung ist, dass die Auskunft gebende Stelle ihren Pflichten nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen ist.

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Baden-Württemberg (LfDI BW)
Lautenschlagerstraße 20
70173 Stuttgart
Telefon: 0711/61 55 41 – 0
Telefax: 0711/61 55 41 – 15
poststelle@fdi.bwl.de
<https://www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de/>

8. Sind Sie verpflichtet, Ihre Daten bereitzustellen?

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Rahmen der Antragsprüfung steht im unmittelbarem Zusammenhang mit der Wahrnehmung einer öffentlichen Aufgabe (§§ 23, 44 Landeshaushaltsordnung für Baden-Württemberg). Zur Erfüllung dieser Aufgaben ist die Bereitstellung von personenbezogenen Daten notwendig. Es steht Ihnen frei, die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten zu verweigern. In diesem Fall kann Ihr Förderantrag jedoch nicht bearbeitet werden.

9. Inwieweit finden automatisierte Einzelfallentscheidungen oder Maßnahmen zum Profiling statt?

Wir nutzen keine rein automatisierten Verarbeitungsprozesse zur Herbeiführung einer Entscheidung.

10. Werden Ihre Daten in ein Drittland übermittelt?

Eine Datenübermittlung an Dritte außerhalb des Geltungsbereichs der DSGVO findet nicht statt.